

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Dr. Uwe-Jens Rössel
und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3467 –**

Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2000

1. Mit welchen überplanmäßigen Einnahmen (u. a. Privatisierungseinnahmen, Rückflüsse aus dem Haushalt der Europäischen Union) rechnet die Bundesregierung im Haushaltsjahr 2000?

Die Bundesregierung rechnet im Haushaltsjahr 2000 mit Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen, der Veräußerung von Bundesanteilen aus der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG. Über die genaue Höhe dieser Erlöse kann derzeit noch keine belastbare Aussage getroffen werden.

Darüber hinaus werden voraussichtlich Steuermehreinnahmen in Höhe von insgesamt rund 2,7 Mrd. DM – einschließlich der Änderung bei den EU-Abführungen und der Steuerrechtsänderungen – zu verzeichnen sein.

2. Für welche Zwecke sollen diese Einnahmen eingesetzt werden?

Den Verwendungsrahmen für die Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen und der Erlöse aus den Börsengängen von Deutscher Post AG und Deutscher Telekom AG hat der Gesetzgeber in § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000) bestimmt.

Die erhöhten Steuereinnahmen dienen dem Ausgleich der Belastung des Bundeshaushalts, insbesondere auf Grund der Finanzierung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und der zusätzlichen Ausgaben für das Wohngeld (vergleiche im Übrigen die Antwort zu Frage 3).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 15. Juni 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Rückflüsse aus dem Haushalt der EU dienen zweckgebunden der Finanzierung von Ausgaben und sind insofern keine Mehreinnahmen.

3. Welche Risiken bestehen für den Bundeshaushalt 2000 fort?

Welches Ausmaß haben diese Risiken jeweils?

Der Bundeshaushalt 2000 wird durch die Übernahme des Bundesanteils an der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die zusätzlichen Ausgaben für das Wohngeld infolge des Ergebnisses des Vermittlungsverfahrens 1999 zum Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes und anderer Gesetze und einen erhöhten Finanzierungsbedarf der Postunterstützungskassen belastet. Dieser Mehrbedarf kann nach heutiger Einschätzung bei sparsamer Haushaltsführung ohne zusätzliche Bewirtschaftungsmaßnahmen im Rahmen der veranschlagten Nettokreditaufnahme aufgefangen werden.

4. Welche einzelnen Einnahmen sind im Bundeshaushalt 2000 aus der Privatisierung vorgesehen?

Im Bundeshaushalt 2000 sind in Kapitel 60 02 Titel 133 01 Einnahmen in Höhe von 3,5 Mrd. DM und in Kapitel 60 04 Titel 133 01 Einnahmen in Höhe von 5,68 Mrd. DM veranschlagt.

Die prognostizierten Einnahmen aus den Privatisierungsvorhaben des Bundes werden üblicherweise nicht detailliert veröffentlicht, um die Verhandlungsposition des Bundes nicht zu gefährden. Im Übrigen ist in den Privatisierungsverträgen regelmäßig Vertraulichkeit vereinbart.

5. Welche Verkäufe wurden bereits realisiert und welche Mittel wurden vereinnahmt?

Im Laufe des Haushaltsjahres 2000 wurden noch keine Verkäufe realisiert.

6. Zu welchem Zeitpunkt sind die weiteren in diesem Jahr veranschlagten Einnahmen jeweils vorgesehen?

Der Bundeshaushalt enthält im Hinblick auf Veräußerungen keine Terminierung der Privatisierungsvorhaben.

7. Wurden weitere Privatisierungen ins Auge gefasst?

Über die in den Erläuterungen zum Bundeshaushalt 2000 bei Kapitel 60 02 Titel 133 01 und Kapitel 60 04 Titel 133 01 dargelegten Maßnahmen plant die Bundesregierung keine weiteren Privatisierungen.